

SOZIALDEMOKRATISCHE TAGESZEITUNG FÜR HALLE UND DEHRANEN



Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und Dehranen

Das „Volkblatt“ erscheint mit täglichen Heften. Es ist Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtlichen Organ der Reichsregierung. Es ist in Halle am 24. Juni 1932, Nr. 146, herausgegeben. Verantwortlicher Redakteur: Walter Rathenau. Druck: Druckerei der Reichsregierung, Halle. Preis: Einzelheft 15 Pfennig. Abonnement: 3 Mark pro Jahr. Ausland: 4 Mark pro Jahr. Postamt: Halle. Postfach: 100. Telephon: 100. Telegramm: 100. Telefax: 100. Telephon: 100. Telefax: 100.

Bezugspreis monatlich 1,50 und 0,30 RM. Subskriptionspreis 2,10 RM. für Arbeiter und Arbeiterinnen 1,80 RM. für Beamte 2,40 RM. für Studenten 1,50 RM. für Frauen 1,20 RM. für Kinder 0,60 RM. für Familien 2,10 RM. durch Postkassen ausgestellt 2,50 RM. bei direkter Einzahlung an den Verlag 2,40 RM. — Einzelheft 15 Pf. in Halle und 20 Pf. im Restland der Reichsregierung. Hauptvertriebsstelle: Gr. Märkerstraße 6. Fernruf 2405, 2467, 2505. Verlagskonto 2019 Berlin.

Hitler möchte sein Werk — die Adelsregierung — verlegen Nach langer Zeit entdeckt er die Not des Volkes wieder — zu Agitationszwecken Nazilügner heucheln Opposition

Ihre Angst vor dem Volke, vor dem sie entlarvt sind

Von Nationalisten ermordet . . .
Walter Rathenau
Zum 10. Jahrestag der blutigen Schandtat

Wir vergessen ihn nicht — jeht weniger denn je! Denn der Opfer, den er vor zehn Jahren, am 24. Juni 1922, durch die Hand fanatisierter Mordbuben erlitt, war die Folge derselben nationalitären, republikanischen, antimilitarischen Hege, die sich damals noch auf relativ kleine Schichten des Volkes erstreckte, heute aber Millionen von Volksgenossen in einen Zustand der politischen Verblendung und Raserei versetzt hat. Die gleiche Stimmung des Hasses und des Wahns, die einst vor höchstens zehn Jahren unseres Volkes offen verachtet wurde, hat jetzt in die Fieberjungen einer noch nie dagewesenen Wirtschaftskrise große Teile des deutschen Volkstörpers erfasst.

Vor zehn Jahren waren es hauptsächlich einige tausend entmenslichte Geistigen, abgebaute Offiziere und ihr Anhang,

die mit dieser Nordatl sympathisieren.

Jetzt gibt es Millionen solcher Geistigen, vor allem in der Mittelschicht, aber auch im Proletariat, die dem Geist und der Tat der Rathenau-Mörder huldbiegen. Der Nordatlismus trat einst nur sporadisch auf, er war das traurige Monopole einiger kleiner, im Dunkeln wirkender Verschwörergänge und nahm nur einige wenige Führer aus Rostock: Erzberger, Gaebele, Scheidemann, Rathenau. Zehn Jahre danach darf sich die Nationalistenpartei ungestraft nicht nur zu der physischen Vernichtung politischer Gegner bekennen und mit einer sich fast von Tag zu Tag steigenden Selbstherrlichkeit die Zügel von Deutschlands Propaganda. Diese Propaganda richtet sich jetzt nicht mehr allein gegen die Führer, sondern gegen alle einfachen Soldaten der Republik.

Und was das Bedenkevolle ist, mögen sich die Arbeiterklasse mit ihrer ganzen Kraft in den kommenden Wochen wehren wird, das ist, daß

der Nordatlismus

nicht nur „latentfähig“, sondern in den Augen des Bürgertums regierungsfähig geworden ist. Aus den höchsten 10 Proz. von 1922 sind 1932 nahezu 40 Proz. geworden, und der Sozialismus verfuhr in einer verzweifelten Anstrengung, durch eine unerhörte Steigerung des Terrors und der Propaganda das zu erzwingen, was ihm noch an der Mehrheit zur Errichtung seiner gemäßigten Diktatur fehlte. Das muß und das wird am 31. Juli verhindert werden.

Was warf man Rathenau vor, weshalb mußte er, von Reichsmilitärrenten hinterlassen durch und von Handgratenspolitikern gerissen, in der wüsten Wüstentat sterben? Der Reichs- und Außenminister der Regierung Brüning hatte Deutschland „verraten“. Einmal durch das Wiesbaden-Schließungsabkommen mit Sowjetrußland. Aber gerade das war eine Tat, die in der ursprünglichen Form der reinen Reparationsabhandlung in Gold und Devisen einen auch für die deutsche Wirtschaft lebenswichtigen Absatzmarkt hätte. Zehntausenden von deutschen Industriearbeitern wurde durch die deutschen Schiffslieferungen heute so bitter vermisst werden — Beschäftigung und Brot verschafft. Ferner durch den Rapallo-Vertrag mit Sowjetrußland. Nun, vom Standpunkt der Beschäftigungspolitik möchte man damals gegen diesen Vertrag, vor allem gegen den Zeitpunkt und die Art seines Abschlusses, mitten vor der Konferenz von Genoa, ernste Bedenken fassen. Aber Rapallo durchbrach immerhin die Isolierung Deutschlands in der Nachkriegszeit, gab ihm einen gewissen diplomatischen Rückhalt in Europa, eröffnete weite Wirtschaftsdiplo-matischen Ausblicken, die mit jener immer für lächerlich gehaltenen manchen Zukunftsvisionen, die wir zwar immer für lächerlich gehalten und bekämpft, die aber gerade von den Nationalisten auch später sorgfältig gepflegt wurden.

Die Wahrheit ist, daß man Rathenau nur eines vorwerfen hatte:

Er war Jude. Das genügt, um alle niedrigen Instinze gegen ihn mobil zu machen, um die irdischsten Märgen aus dem

Ohne Hitler kein Papen!

Das Berliner Nazjorn, der regierungsoffizielle „Angriff“, ludt in seiner Donnerstagsnummer den Eindruck zu erwecken, daß die NSDAP, der Hungernotverordnung des Kabinetts der Barone gegenüber in Opposition stehen würde. Der regierungsoffizielle „Angriff“ hat endlich, nach einer Woche, entdeckt, daß die auf den Schultern der Nationalsozialistischen Partei stehende Reichsregierung eine Hungernotverordnung gegen das Volk erlassen hat! Er heuchelt nun Enttäuschung über den Notverordnungstaus und erzählt: „Die Armen müssen wieder bluten!“

Man erinnert sich zunächst, daß eben diese Zeitung die Notverordnung seinen Lesern zunächst überhaupt nicht verschwiegen und ihnen stattdessen ein Verlegenheitsgestimm vorgeschoben hat, das deutlich genug zeigte, daß politische Mordtaten zwischen der Nationalsozialistischen Partei und der Reichsregierung Scheitern müssen. Es folgte dann einiges Gekrammel in der nationalsozialistischen Presse, das man verstehen konnte, daß eine Regierung zu so etwas gezwungen ist.

Der jetzige Versuch nun, dem Volkstörner zu entgehen, und den inneren Zusammenhang zwischen der Aufhebung des Uniformverbots und den nationalsozialistischen Notverordnungstaus auf der einen Seite und dem Hungerbitakt der Regierung Papen auf der anderen Seite zu vernebeln, ist der widerlichste und schamloseste Volkstötung, der denkbar ist!

Wenn jullebte ist denn die Regierung Papen ins Amt getreten, wenn nicht den Nationalsozialisten jullebe? Wer küßt denn diese Regierung, wenn nicht Hitler und seine Partei? Ist nicht den Nationalsozialisten jullebe der Reichstag aufgelöst worden und damit für sich ein selbige Tage dem Volke eine Ein-

wirkungsmöglichkeit gegen dieses unerhörte Hungerbitakt genommen worden? Der Nationalsozialist Gregor Straßer hat noch ein Überiges hinzugefügt, indem er sich bisher geweiheit hat, den Überwachungs-ausschuss des Reichstages einzuberufen, in dem über die Notverordnung der Regierung Papen abgeurteilt werden könnte!

Niemals hätte das Kabinett der Barone, das auf den Schultern Hitlers steht, diese Notverordnung gewagt, wenn es etwa hätte glauben müssen, auf den heiligen Überlebens der Nationalsozialisten zu rechnen. Die bisherige Haltung der Nationalsozialisten hat deutlich genug gezeigt, daß zu den politischen Mordtaten auch die Töterung gehörte. Das Agitationsgesetz, das der regierungsoffizielle „Angriff“ jetzt antilmt, ist deshalb der größte Schwindel des Jahrhunderts!

Auf der Ländertournee hat der Reichsinnenminister, Freiherr von Geyl, deutlich genug zu erkennen gegeben, daß politische Bindungen vorliegen, die die Reichsregierung hindern, gegen den Willen der Nationalsozialisten gegen die hungernotverordnungsähnlichen Zustände zu vorgehen, was es die Mehrheit des Volkes erwartet! Nachdem die Nationalsozialisten den Preis für dieses Hungerbitakt einseitig festsetzt, die Aufhebung des S. 21-Verbots und die Aufhebung des Uniformverbots, glauben sie laut schreien zu können, um ihre Spuren zu verwischen.

Wir fragen: Wenn die Nationalsozialisten behaupten, daß sie gegen diese Notverordnung und für ihre Aufhebung wären, was bleibt dann der eindeutige Ruf: Fort mit der Regierung des Hungerbitakts! Fort mit der Regierung, die die Armen hungern läßt! Fort mit der Regierung Papen! Man heißt sich vergeblich nach diesem Ruf um. Hier gilt vielmehr die Anordnung des Reichspropagandaleiters Goebbels:

„Jede Diskussion über das Kabinett von Papen hat seitens aller Parteimitglieder in diesem Wahlkampf zu unterbleiben.“

Diese Anordnung hat die NSDAP nicht abzuleugnen gewagt!

Das Hungerbitakt und das Kabinett der Barone, sie gehören zusammen! Wer dies Kabinett toleriert, toleriert auch seine Hungernotverordnung. Die Regierung Papen hat die Geschäfte der Nationalsozialisten bestragt. Sie hat das ererbte Volk bedroht und hat dafür die Notverordnungstaus der SA, wieder auf der Straße erscheinen lassen. Der Schwindel des regierungsoffiziellen „Angriff“ wird diesen Zusammenhang im Volkswort nicht verdrängen.

Wo immer die braunen Notverordnungstaus von Hitlers SA, aufzuwachen, da weiß das Volk: mit seinen Entbedungen, mit den drückenden Laffen, die ihm das Kabinett der Barone auferlegt hat, bezahlte die Parade der Hitleruniformen und die Terrorfreiheit von Hitlers SA!



Ihr müßt es jedem, Jeder sagen, Partei, Gewerkschaft, Sportler tragen, Als Front von Erz, Dem Feind ins Herz: Drei Pfeile!

finieren geistigen Arsenal des Antimilitarismus den Alphabeten der Politik vorzulegen. Rathenau war einer der geheimnisvollen „Buben von Zion“, die die Welt heimlich regierten, den Krieg herbeigeführt, die Niederlage Deutschlands gemollt, die bolschewistische Weltrevolution erfinden hatten. So etwas wurde an den Stammtischen gerannt, in Versammlungen behauptet, in Broschüren verbreitet, in Zeitungsartikeln gedruckt und, was das schlimmste ist, sogar von Reichs- und in einem Kulturlande aufgewachsen sind, geglaubt!

Walter Rathenau war ein führender Industrieller, aber im Gegenfall zu den meisten der sogenannten Wirtschaftsjubler

wirklich ein führender Kopf.

Sein Streben galt nicht dem Profit seiner Person und seiner Werte, sondern er rang innerlich und öffentlich mit den großen letzten Dingen der Menschheit. Es gab kein Problem des Geldes, der Politik, der Wirtschaft, des sozialen Lebens, mit dem er sich nicht befaßte, und er war eifrig bemüht, das soziale und geistige Ringen der Arbeiterklasse zu begreifen und zu erleichtern. Das allein wurde ihm in seinen eigenen großkapitalistischen Streifen als Todläufer angetrieben. Er hatte sich in den Dienst der Republik gestellt, er bemühte sich, vor allem im eigenen Wirkungsbereich, der VÖG, den Wünschen der Arbeiterklasse entgegenzukommen. Grund genug für die industriellen Führer des Sozialismus, die politische Hege gegen ihn zu führen. — Mit Rathenau fand

einer der besten Söhne des deutschen Volkes vorzeitig ins Grab. Er war allein durch sein souveränes Sprach-

talent, durch seine diplomatische Gewandtheit und durch die Autorität und Lieberkeit, die seine feinstoffliche Erscheinung ausstrahlte, auf den späteren internationalen Konferenzen für Deutschlands Wiederaufstieg noch hätte erreichen können, das läßt sich nur an dem erkennen, was er in der kurzen Zeit seines Wirkens schon erreicht hatte. Die noch der Erkenntnis der Welt für die furchtbare Lage des deutschen Volkes nach der Niederlage, für die Sinnlosigkeit und Unmöglichkeit der Reparationsabhandlung. Dieses wäre Deutschland im Innern und nach außen erlirp getrieben, wäre Rathenau nicht gemeldet worden.

Ein Vergleich drängt sich auf:

Walter Rathenau, der Mann mit den überaus großen Gesten, der wirklich Großes für sein Vaterland geleistet hatte und deshalb gemordet wurde, und Adolf Hitler, der Nichts-als-Gewinner, der Nichts-als-Trommler, der Nichts-als-Hasser. Dieser Mann, der an Verdiensten nichts anderes auszuweisen hat, als daß er Millionen von Menschen vermisst und mit blindem Haß erfüllt hat, dessen Propaganda nichts anderes erreicht hat als eine unerhörte Steigerung des Elends und eine täglich wachsende Zahl von Blutopfern, dieser Mann ist der Höhe einer Volksmasse, die nur an die Gewalt glaubt und in der feigen Ermordung Rathenaus eine „nationale“ Großtat erblickt.

Rathenau war kein Sozialist, aber ein sozial denkender Republikaner. Sein Opferdasein bleibt uns ein Symbol. Im Geiste Walter Rathenaus werden wir für die Republik, werden wir für Deutschland weiterkämpfen und den Ungeist fixieren befehlen!

Das Rettungsprogramm

Der Ruf der Gewerkschaften nach Umbau der Wirtschaft

Das Rettungsprogramm der Gewerkschaften, das heute morgen hier veröffentlicht wurde, ist ein Dokument von geschichtlicher Bedeutung, und es ist — an alle Volksgenossen ohne Unterschied der Partei gerichtet — ein Ruf zur Besinnung. Warum streiten Reich und Länder über kindische Uniformfragen, warum fallen nacheinander durch alle Straßen Deutschlands Revoluzzerlöcher, die von Unfreien auf Unfreie abgefuehrt werden, warum fallen Manne ohne Verbrechen, diese ganz sinnlos scheinenden Kämpfe sind eben die Oberflächenerscheinungen einer fürchterlichen Krise, die Wirtschaft, Gesellschaft und Staat in ihren Grundfesten erschüttert. Das Rettungsprogramm der Gewerkschaften stößt durch alle Nebendinge auf die tiefen Ursachen vor und zeigt den Weg aus der Verwirrung, Nadermann und jede Organisation, die sich ernst mit dem großen Problem unserer Zeit beschäftigt, wird gewarnt sein, zu diesem Programm Stellung zu nehmen.

Wir haben heute in Deutschland fünf Parteien, von denen nur noch eine, die deutschnationale, sich als grundsätzlich

kapitalistisch und privatwirtschaftlich eingestellt zu erkennen gibt. Ihr Programm ist dem der Gewerkschaften geradezu entgegengesetzt. Das gleiche läßt sich vom Zentrum nicht mehr behaupten, dessen sogenannter „Solidarismus“ mit der sozialistischen Grundlinie des Rettungsprogramms doch schon einige Verwandtschaft aufweist. Die drei übrigen Parteien, die zusammen die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes bilden, betonen sich — sei es durch Taten oder nur durch Worte — zu einem irgendwie gearteten Sozialismus. Für diesen Sozialismus scheint uns das Rettungsprogramm der Gewerkschaften der rechte Prüfstein zu sein. Wer sich nicht wenigstens in den Hauptlinien und Grundforderungen zu ihm bekennt, der ist kein Sozialist, sondern treibt nur mit dem Namen des Sozialismus parteipolitischen Mißbrauch.

Das Rettungsprogramm der Gewerkschaften ist ein Ruf zur Besinnung und eine Aufforderung zu ehrlicher Gemeinschaftsarbeit im Dienste einer großen aufbauenden Idee. Das Volk braucht nicht Bürgerkriegsspiele, sondern Brot!

17 Millionen Steuergeldente!

Die Dapen-Regierung erläßt dem Großkapital die Mineralölsteuer

Die Papenregierung macht sich für die Großindustrie bezahlt. Die vor zwei Jahren eingeführte Auslastungssteuer für inländische Treibstoffe wird den inländischen Erzeugern (das ist in erster Reihe der Ruhrbergbau, Benzolgewinnung und ferner die S. O. Parbenindustrie (Benzol-Benzin)) schlangenzug gemacht. Eine Anhebung der Defizitlastigkeit über

Diese ungläubliche neue Subvention hält die Regierung nicht einmal für notwendig. Lediglich aus dem Reichsgeplänkel erläßt man die Zulasse dieser neuen Subvention an die Donner der Neubildung.

Die inländischen Treibstoffhersteller genießen schon bisher Begünstigungen. Während jeder Liter Auslandsbenzin mit einer Zollabgabe von etwa 16 Pfennig belastet ist, beträgt die Abgabe für inländisches Benzin und Benzol nur etwa 2 1/2 Pfennig je Liter, also noch nicht den hiebenden Teil. Der Ruhrbergbau und der Chemietrieb erhalten also schon bei der jetzigen Abgabegestaltung richtige Steuerultraaktionen. Die S. O. hatte es obendrein verstanden, sich schon unter der Regierung Brüning vorübergehend eine Steuerbefreiung bzw. Steuererleichterung zu verschaffen, die aber auf den einstimmigen Protest der Defizitlastigkeit hin am 1. April d. S. wieder fallen mußte.

Die Papen-Regierung bereitet nun aus dem Handgelenk heraus gleich alle inländischen Treibstoffproduzenten, also nicht nur den Chemietrieb, sondern vor allem auch den Ruhrbergbau, von einer obenhin bereits viel zu niedrig angelegten Steuer. Da aber schließlich auch eine Baronsregierung noch nicht Steuererlässe einfach außer

Kraft setzen kann, wird die Steuer auf Grund einer unter ganz anderen Verhältnissen gegebenen Ermächtigung nur „ermäßig“. Der Steuerfuß von 3,80 Mark pro Doppelzentner wird auf sage und schreibe 10 Pfennig pro Doppelzentner oder 1/10 Pfennig pro Liter (l) gemildert. Berücksichtigt man, daß der Verbrauch an inländischem Treibstoff etwa 450 000 Tonnen beträgt, so wird eine Reichssteuer mit bisher etwa 17 1/2 Millionen jährlich glatt an die beiden inländischen Großstädte verschickt.

Der Steuererlaß ist zunächst nur auf ein Vierteljahr ausgeprochen. Das bedeutet eine Vertheuerung von Reichsmitteln in Höhe von 4 1/2 Millionen allein für das nächste Quartal, von denen etwa 2 1/2 Millionen der Ruhrbergbau und mehr als 1 Million die S. O. Fahren erhalten. Die Regierung der Barone hat sich für die Schwerindustrie als schonend erwiesen. Man weiß nur zu Genüge, daß derartige zunächst befristete Subventionen nachher zum Gewohheitsrecht werden.

Dieses neue Millionenelende ist ein Standal und eine unerhörte Provokation. Im gleichen Augenblick, in dem den Massen tiefe neue Belastungen aufgebürdet und Renten und Unterhaltsgelder für die Kerntaten rigoros gestrichelt werden, werden der Großindustrie unter der Hand nicht zu rechtsergehende Millionenelende gemacht. Die Regierung der Barone verreckt in dem gleichen Augenblick 18 Millionen Mark an das Großkapital, in dem sie die Erbenrolle und Argesprosser mit Stockfäden auf dem Magen bedeckt!

Belehrung für Kerrl

Präsident des Preussischen Staatsrats schreibt ihm

Der Präsident des Preussischen Staatsrats, Oberbürgermeister Dr. Adenauer-König, hat dem Reichspräsidenten des Preussischen Landtags durch folgenden Brief eine wohlverdiente Mahnung erteilt:

„Auf meinen Brief vom 11. Juni d. S., in dem ich Sie um nähere Mitteilungen über den Wortlaut Ihres am 10. d. M. an den Vertreter des preussischen Ministerpräsidenten, Herrn Staatsminister Hirtfelder, gerichteten Schreibens gebeten habe, haben Sie mir bisher eine Antwort nicht erteilt. Ich habe deshalb Herrn Minister Hirtfelder gebeten, mir eine Abschrift Ihres Schreibens vom 10. d. M. zur Verfügung zu stellen. Daraus erlaube ich, daß Sie in diesem Schreiben tatsächlich folgende Sätze gebraucht haben:

„Die Frage der Neubildung der Regierung ist ein Akt der Legislative, deren einzig berechtigter Vertreter zur Zeit ich bin.“

Bei dieser Gelegenheit bitte ich Sie, mir den Inhalt des geschätzten Ministerpräsidenten mitteilen zu wollen, da ich als der einzige legitimierte Vertreter des Dreierausschusses diesen einzubringen beabsichtige.“

Ich mache mit allem Nachdruck darauf aufmerksam, daß diese Sätze, die den Staatsrat und seinen Präsidenten vollkommen ignorieren, mit der Verfassung nicht in Einklang zu bringen sind. Der Staatsrat ist an der Legislative beteiligt, der Präsident des Staatsrats ist gleichberechtigtes Mitglied des in Artikel 14 der Verfassung vorgesehenen Dreierausschusses und kann wie jedes der Mitglieder den Zusammentritt des Ausschusses aus letzterem verweigern.

An der Zurückweisung der von Ihnen in dem Schreiben vom 10. d. M. vertretenen irrigen Rechtsauffassung weiß ich mich mit dem gesamten Staatsrat einig.“

Staatsrat erhebt Einspruch

Gegen Amnestie für Straftaten, die aus Wirtschaftskrisen begangen wurden

Der Preussische Staatsrat hat entsprechend einem Antrag des Verfassungsausschusses mit 42 gegen 25 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten beschlossen, gegen das vom Landtag beschlossene Amnestiegesetz für Vergehen aus wirtschaftlicher Not Einspruch einzulegen. Infolge dieses Einspruches muß jetzt der Landtag das Gesetz mit zwei Dritteln Mehrheit verabschieden.

Die Begründung für den Einspruch geht auf folgende Stellungnahme des Verfassungsausschusses zurück, die der Berichterstatter Dr. Calpari-Berlin mitteilte:

1. Das Gesetz trägt die Überschrift „Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit“. Wie die verschiedenen, dem Landtag vorliegenden Entwürfe erkennen lassen, wird unter Straffreiheit jedoch Straft

erlich rechtsstraflich erkannter Straftaten, wie die Einstellung anhängiger Strafverfahren und Nichtverfolgung begangener Straftaten verstanden. Dagegen soll nach § 1 des Gesetzes nur Straferlaß gewährt werden; es ist also ansehender nur an Begnadigung, nicht an einer Niedererschlagung von Strafverfahren gedacht. . .

Bereitete Razi-Demonstration

Bürttembergischer Landtag gegen die Hitler-Uniformen

Stuttgart, 23. Juni. (Eigenbericht.) Im Württembergischen Landtag, der am Mittwochabend mit einer neuen Sitzung zusammentrat, kam es bald nach der Eröffnung der Sitzung zu einem Streit.

Die 23 nationalsozialistischen Abgeordneten waren demotiviert in Uniform erschienen. Die Mehrheit der Abgeordneten empfand diesen Auftritt als Provokation. Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion, Abgeordneter Bach, meldete sich sofort zur Geschäftsordnung, gab seiner Empörung Ausdruck und beantragte, die Parteien nicht gemittelt sein, die Razi-Propaganda hinzunehmen, die Sitzung auf Freitag zu versetzen. Darüber geriet der nationalsozialistische Landtagspräsident Reingarten in maßlose Aufregung. Er wollte zunächst den Zentrumsführer am Weiterreden hindern, da er die Begründung des Verlangens nicht als berechtigt anerkennen könne. Ueber diesen Versuch, die Redefreiheit zu beschränken, entstand ein großer Tumult. Razi und Razi bestrichen sich gegenseitig. Die Erregung des Hauses steigerte sich, als der Nationalsozialist Maur erklärte, daß sich seine Partei über ihre Kleidung keine Vorwürfe machen lasse und sich die anderen Parteien auch ganz andere Dinge machen gewöhnen müßten. Die anderen Parteien trügen ja auch eine Uniform, die der politischen Partei. Als sich der Sturm gelegt hatte, mußte der Präsident abstimmen lassen. Der Antrag auf Versetzung wurde von Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Herriot über Abrüstung

Er will den Amerikanern selbst antworten

Paris, 23. Juni. (Eigenbericht.) Der Generalsekretär der „Chambre“ meinte, daß Herriot die Antwort auf die amerikanischen Forderungen nach Abrüstung noch persönlich zu dem amerikanischen Vorschlag Stellung zu nehmen, obgleich die Antwort Paul Doumergues in der Mittwochsitzung mit dem Ministerpräsidenten vereinbart gewesen sei. Herriot habe den größten Teil der Nacht zum Donnerstag damit verbracht, seine Rede auszusarbeiten. Er soll den Wunsch haben, daß die Generalkommission möglichst bald wieder zusammentritt. Der Berichterstatter der „Chambre“ will seinerseits wissen, daß Herriot in seiner Rede vor allem die Notwendigkeit einer internationalen Organisation der Sicherheit betonen werde, wenn die Rüstungen zwischen den Nationen in irgendwelcher Weise herabgelassen werden sollen.

Der latente Bürgerkrieg

Breslau, Bochum und Frankfurt a. M.

Breslau, 23. Juni. (Eigenbericht.) Die Polizei hat am Donnerstag als mutmaßlichen Täter, der am Mittwochabend in der Herstraße des Reichsbannermann Günther niedergeschossen hat, einen Razi-Mitgliedern namens Brudner verhaftet. Brudner ist in Breslau seit langem als politischer Kaufmann bekannt. Er gehörte früher dem Nationalsozialistischen Bund an. Vor einigen Jahren wurde er wegen Unterdrückungen in einem Arbeiterportierereis der RPD, ausgeschlossen.

Wie die polizeilichen Nachforschungen ferner ergeben haben, wurde in der Herstraße noch ein 33jähriger Razi namens Seidel niedergeschossen. Der Täter ist ein Kommunist.

Das Reichsbanner, Gau Mittelschlesien, hat an den Reichspräsidenten ein Telegramm gerichtet, in dem es heißt: „Die Voraussetzungen, unter denen die Aufhebung des Verbotserlasses, sind, wie die letzten blutigen Vorkommnisse in Breslau beweisen, nicht erfüllt worden. Im Bewußtsein der eigenen Verantwortung zur Wahrung verfassungsmäßiger Staatsbürgerrechte protestiert Reichsbanner Schwarz-Rot-Weiß mit aller Entschiedenheit gegen den blutigen Terror, der dauernde Bürgerkrieg die Zusammenhaltung von Tausenden auswärtiger SS und die unerhörte Aufzuspaltung der Reichsgenossen gegen Andersdenkende und Staatsorgane durch Versammlungsverbot heinet.“

Bochum, 23. Juni. (Eigenbericht.)

In Bochum-Riemte wurden in der Nacht zum Donnerstag dreizehn besessene Palastanten in unmittelbarer Nähe einer von Republikanern bewohnten Schrebergartenkolonie aus einem Koffein heraus erschossen. Ein Arbeiter, Vater von drei Kindern, der seiner Partei angehört, wurde durch einen Schußschuß schwer verletzt. Am Mann erhielt an der Seite seiner Frau einen Schuß. Der Polizei gelang es bisher nicht, die Täter zu fassen. Sie suchten auf das Gelände der Juche Konstantin.

Ein nationalsozialistischer Arbeiterfall auf die Schrebergartenkolonie wurde gerichtlich schon seit Tagen angehängelt. Der Bevölkerung der umliegenden Bergarbeiterkolonien hat sich große Erregung bemächtigt, zumal Nationalsozialisten bereits vor mehreren Tagen nachts mit zwei Überfallwagen eine Kolonie besetzten und abpferchten, um nach einem Kommunisten zu „fahnden“.

Die Raziwache legte ihre Provokationen in der Nähe der Frankfurter Universität aus am Donnerstag fort. Eine tausend umförmte SS- und SA-Gruppe ließen sich zur Unversität führenden Straße besetzen. Später vertrieben sie gegen das Universitätsgebäude vorzubringen. Der Polizei gelang es jedoch, die Raziwache mit dem Gummiknüppel zurückzuführen. Mehrere Razi wurden verhaftet. Der Unterricht an der Universität konnte aufrecht erhalten werden.

Telegramm an Hindenburg

Proteste gegen den Nordsozialismus

Breslau, 23. Juni. (Eigenbericht.)

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Weiß, Gau Mittelschlesien, hat anlässlich der schweren blutigen Zusammenstöße, die sich am Mittwochabend in Breslau abspielten, folgendes Telegramm an den Reichspräsidenten geschickt: „Tage lang allseitig verurteilte Höhe der Nationalsozialisten, verdoctrinierter Propaganda mit der Aufhebung der Demokrationsgesetze und Pogromgeheiß. Freizügig waren nach „Palast“ haben in Breslau ein grossen Bürgerkriegsorgane geführt. Ueber 200 Nationalsozialisten waren hier zusammengezogen. Geschlossene Kammern, bei denen es zu blutigen Überfällen auf Andersdenkende kam, erfolgten in verschiedenen Stadien. Zahlreiche Schwerverletzte sind als Opfer zu beklagen. Für kommende Tage ist schlimmste zu erwarten, wie die Drohungen des Nationalsozialisten Heines: „Man soll die Polizei zum Laufstegen jagen. Mit aller Entschiedenheit lag Reichsbanner Schwarz-Rot-Weiß Verwahrung ein gegen jede Entfesselung der Bürgerkriegsleidenschaften. Es verlangt Bestrafung und Durchsetzung der vorliegenden Bestimmungen auch gegenüber unerhörten nationalsozialistischen Terror und blutiger Straßenverhaftung.“

Universität telegraphiert an Goyl

Die blutigen Krawalle der SS in Frankfurt a. M.

Die Frankfurter Universität ist am Donnerstagabend mit strenger polizeilicher Aufsicht wieder eröffnet worden. Sehr bemerkenswert ist die Schärfe eines Telegramms, das Rektor und Senat der Universität an den Reichspräsidenten gerichtet haben: „Demonstration und Eingaben einer demotivierten SS-Abteilung (Nichtstudenten) in Uniform in die Unversität hat zu blutigen Krawallen geführt. Rektor und Senat fordern gegen diese Verhöhnung des Lehrbetriebs und des Friedens der Studierendenschaft Hilfe und verlangen Schutz vor Nahrung durch hochschulinterne politische Organisationen.“

Die zwei schwer verletzten sozialistischen Studenten und auch ebenfalls schwer verletzte kommunistische Student befinden sich außer Lebensgefahr. Die Verletzungen, die durch Schüssen durch Schützen durch Schüsse mit Säulen, die mit Bleierketten und Schüssen umwickelt waren.

Leichenfund

Als am Donnerstag vormittag Beamte der Spitz- und Schulnabspitze in Essen in einem Hause der Feldestraße eine Leiche veranfaßten, liefen sie in einem ausgemerkten Revolver unter Verhaftung und Schutz auf die mumiifizierte Leiche eines etwa sechsährigen Knaben. Ermittlungen ergaben, daß es sich um die Leiche eines im Februar 1930 auf rätselhafte Weise verschunden Kindes namens Günther Roffen handelt. Die Nordkommission hat die weiteren Ermittlungen aufgenommen.

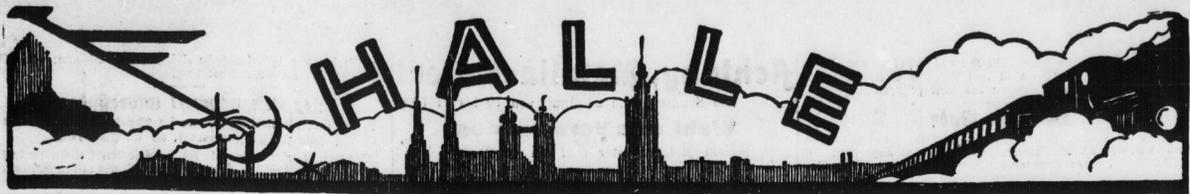
Millionen auf dem Meeresgrund

Die seit langem an dem während des Weltkriegs auf der Höhe von Brest gesunkenen Dampfer „Goyl“ betriebenen Bergungarbeiten haben jetzt zum Erfolg geführt. Stalenski Taucher konnten etwa 30 Goldbarren und große Mengen englischer Goldstücke bergen, die insgesamt einen Wert von rund 20 Millionen Franken repräsentieren.

Erdrutsch

In Wüthheim an der Mosel ereignete sich in der Donnerstagsnacht in der Nähe der Weinstadt Berncastel ein Erdrutsch. Zahlreiche Häuser wurden bis zu 1,80 Meter verschüttet. Man nimmt an, daß durch ein Umher, das am Freitagmorgen niedergegangen war, der Boden von angefaulten Wäldern unterhölet worden ist.





Beinahe die Kleiderperre aufgehoben

Aber ein Nazi hatte sich vor der Abstimmung gedrückt.
Gestern tagte der städtische Haushaltsausschuß. Den Grundton für die Verhandlung gab der Antrag betr. Aufhebung der Kleiderperre für die Fürorganeunterstützungsempfänger. Seit 1. April ist die Unterbringung von Kleiderperren und Zuschüssen für die Mitglieder der Fürorganeempfänger eingestellt, und nur noch in Einzelfällen, wie Krankheit, Arbeitslosigkeit usw., findet zur Zeit eine Unterbringung statt. Die allgemeinen Umstände wieder beseitigt werden muß. Der Stadtkämmerer Dr. W. glaubt bezweifeln zu müssen, daß der Magistrat verantwortungsvoll handeln würde, wenn er den Antrag gutgeben würde. Die Aufhebung der Perre erfordert eine monatliche Mehrausgabe von 55.000 RM, was einer Belastung des laufenden Etatsjahres um 495.000 RM gleichkommt. Da der diesjährige Etat zur Zeit einen ungedeckten Betrag von 2.457.000 RM aufweist, würde eine Erhöhung dieses Postenbetrags die Liquidität der städtischen Verwaltung gefährden. Wenn auch das Reich den Bezirksfürsorgeverbänden in diesem Jahre 652 Millionen gegen 460 Millionen im Vorjahre zuzuführen läßt, so wird dieses Mehr durch die Steigerung der Zahl der Fürsorgeempfänger fast illusorisch gemacht, denn während die Erhöhung der Reichsmittel 40 Prozent beträgt, die Steigerungszahl der Fürsorgeempfänger 50 Prozent. Einer Erhöhung der Ausgaben glaubt der Magistrat aber auch nicht zuzustimmen, da die Steuerermäßigungen in katastrophaler Weise zurückgehen. So können zur Zeit nur ein Fünftel aller Wohlhabendengaben durch Steuerermäßigungen gedeckt werden.

Die Schürpfung des Steuerfolls glaubte Herr Stadtrat Dr. v. n. als besonders wichtiges Anliegen zu müssen und dabei auf die ganz besonders wirtschaftliche Notlage berufener Kreise, die Grund- und Gewerbesteuer entrichten sollen, hinweisen zu müssen. Wenn Herr Stadtrat Dr. v. n. die Lage dieser Bevölkerungsschichten aber für schlimmer hält als die Lage der Erwerbslosen, weil jene Kreise zur Erfüllung ihrer Steuerpflicht oftmals gezwungen sind ihre Substanz anzulegen, so haben wir für diese Zeitlage nur wenig Verständnis. Glaubt denn Herr Stadtrat Dr. v. n., daß die Lohn- und Gehaltsempfänger durch die Senkung der Löhne und Gehälter nicht vielfach ihrer gesamten Substanz (Sparreserven, Wohnungseinrichtung, Kleider- und Wäschevorrat) verlustig gegangen sind?

Trotz der Darlegungen des Herrn Stadtkämmerers, so beachtlich sie sind, stimmten unsere Herren angedeutet der unerbittlichen Forderung der Fürsorgebeauftragten dem Antrage zu. Da der Vertreter der NSDAP im Augenblick der Abstimmung nicht anwesend war, wurde der Antrag mit 10 zu 10 Stimmen abgelehnt.

Der Grundstücksaustrausch und die Verpachtung von Grundstücken der Vereine gelang nach Vortrag des Grundbesitzausausschusses. Dieser hatte zur Erweiterung der Filialanlagen des städtischen Arbeitervereins einen Grundstücksaustrausch in der Gemarkung Ammerbof-Weiden-Planen zugestimmt.

Die Vorkontrollen des früheren Gutsbes. G. M. müssen nun verachtet werden. Es ergibt sich zwar gegen die frühere Buche eine Erhöhung um 886 RM. Da aber die auf den Plänen liegenden Steuern in Höhe von 7000 RM für die neue Periode von der Stadt bezahlt werden müssen, ergibt sich im Endeffekt eine Vermögensminderung von rund 33 1/2 Prozent. Ein derartiger Verlust läßt sich, wenn man feinerzeit das Gut G. M. in eigene Regie übernehmen und nicht verkaufen hätte, genaug nicht einstellen.

Hausinsfuerfundungen neu anmelden!

Unsere heutige Zeitung enthält im Anzeigenteil eine Bekanntmachung über die Aufhebung aller zur Zeit mit dem Ziel der Hausinsfuerfundungen bewilligten Hausinsfuerfundungen mit dem 30. Juni 1932.

SPD., Ortsverein Halle

Mittwoch, den 29. Juni, abends 7 Uhr, im „Volkspart“ erweiterter Vorstandssitzung mit den Ortsbezirksführern und -Kassierern. Vollständiges und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Mittwoch, den 29. Juni, abends 8 Uhr, im „Volkspart“ (Heiner Saal)

große Funktionärsprüfung

Hierzu sind eingeladen sämtliche Parteifunktionäre, die im Besitz der vollen Funktionärkarte sind. Alle Generalkommissarstellen, Stadtverordneten, Redner und Gewerkschaftliche, die in der Partei eine Funktion ausüben. Vollständiges und pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

Die „Geheimnisse“ eines Briefes

Ein Kapitel zur Parteibuchwirtschaft

In Nr. 88 hatte der „Kampf“ unter der Überschrift „Noch immer Parteibuchwirtschaft“ einen Brief veröffentlicht, der von einem Adressaten verfaßt war und der Redaktion des „Kampf“ in die Hände geraten war. Die Öffnung dieses mit richtiger Adresse versehenen Briefes durch einen Reichsbeamten, den die Redaktion des „Kampf“ ja kennen muß, dürfte noch zu einem gerichtlichen Rechtsfall führen. Der „Kampf“ glaubte den Briefinhalt agitatorisch auszunutzen zu können. Nachdem die Nachforschungen nach dem funderbaren Weg, den der Brief gegangen ist, beendet sind, geben wir nun dem Adressaten, unserem Genossen Friedrich Kübler, Gauleiter des Zentralverbandes der Angestellten, das Wort.

Das hiesige Rajorgan „Der Kampf“ veröffentlicht unter dem Titel: „Noch immer Parteibuchwirtschaft.“ — Ein klassischer Fall aus Burg ein an meine Person gerichtetes Schreiben der Ortsgruppe des Reichsverbandes der Angestellten vom 6. Juni 1932, welches niemals in meinen Besitz gelangt ist. Wie ich im vorigen Heft dieses Blattes feststellte, ist das Schreiben tatsächlich zur Abwendung gebracht. Es liegt also ein vollkommener Fall von Briefunterbrechung und Briefdiebstahl vor. Das Schreiben beschäftigt sich mit einem in der Stadt Burg neu zu bezeichnenden Posten eines Stadtrates, und hieraus folgert der

Sonnenwendfeier

am Sonnabend, dem 25. Juni, auf dem Fichte-Sportplatz Mansfelder Straße.

Reichstagsabgeordneter Dr. Loewenstein (Berlin) spricht über:

„Sonnenwende - Weltenwende“

„Kampf“ den Vorwurf gegen unsere Organisation, Parteibuchwirtschaft zu treiben.

Eine Feststellung: Der Zentralverband der Angestellten ist eine Organisation der Parteibuchwirtschaft und der Parteibuchwirtschaft. In unseren Reihen befinden sich Angestellte, die in Verwaltungen von der Fische aufgedient zum Teil ordnungsmäßig ihre Prüfungen abgelegt haben, zum Teil akademische Vorbildung nachweisen. Diese Angestellten sind auf Grund ihrer Fachbildung qualifiziert, alle innerhalb der Verwaltungen vorfindenden Stellen mit Recht zu besetzen. Es ist deshalb nicht außergewöhnliches, daß wir mit unseren Ortsgruppen über die Stellenermittlung in Stadtverwaltungen korrespondieren. Mit Parteibuchwirtschaft hat eine solche Korrespondenz nichts zu tun. Das Mitglied unserer Organisation ist um derartige Stellenstellungen zu werden, ist ihr gutes und wohlverdientes Recht, wie es Pflicht unserer Organisation ist, als amtlich anerkannte Stellenvermittlung unsere Mitglieder hierbei zu unterstützen.

Wir bestreiten keineswegs die Befähigung und Tüchtigkeit das Recht auf freie Wahl, im Gegenteil, wir freuen uns, wenn der richtige Mann an den richtigen Platz gestellt wird. Wir weisen jedoch den Vorwurf der Parteibuchwirtschaft unseren qualifizierten Angestellten gegenüber ganz entschieden zurück und lehnen es ebenso entschieden ab, mit Anhängern oder Vertretern des beruflich zum Maler und Anstreicher ausgebildeten Herrn Hitler über Parteibuchwirtschaft zu diskutieren, solange uns nicht die sachliche Vorbildung dieses Herrn zum Regierungsrat nachgewiesen wird.

Zu der unterzeichneten Parteiliste, in der erlogenen schweizerischen Wita Otto Euanis Zutritt zu finden, noch die weitere Feststellung, daß weder Otto Braun, noch der Adressat des gestohlenen Briefes gebürtige sächsische Elowaten, sondern Reichsdeutsche sind. Unsere Staatsangehörigkeit ist nicht auf dem Umwege über den (un-

lich nicht vorgebildeten Regierungsrat aus Parteibuchquaden erworben. Auch sind die Namen Braun und Kübler gut deutsch und nichtig als bürgerlich handwerklicher Berufamt, also weder jordan-wohlfördernd, noch politisch-stämmig so anständig, daß sich die deutsche NSDAP über zu schämen brauchte, wie dieses z. B. bei Garmisch-Partenkirchen der Fall ist, welchen je offiziell als NSDAP-Kandidaten verweigert.

Was zu dieser anmaßenden Frechheit sonst noch auf auf Deutsch zu sagen ist, hat mit mein schändlicher Landmann Goh von Berlin-schlingen vorzugeschrieben. Um nicht zu plagieren, unterlasse ich es, zu wiederholen.

Friedrich Kübler,

Gauleiter des Zentralverbandes der Angestellten.

Die Antwort unseres Genossen Kübler ist deutsch. Wie schamlos aber der „Kampf“ ist, beweist noch folgendes. Er selbst benutzt einen Brief, der nur durch Diebstahl in seine Hände gelangt sein kann und macht sich dadurch der Missetatigkeit zur Verleumdung des Parteibuchverheimlichung schuldig. In Nr. 89 des „Kampf“ wird aber in großer Aufmachung unter der Überschrift „Karte Spigel bei der Oberpostdirektion Halle“ festige Beschwärde darüber geführt, daß auf der Post ein als nicht bestellbar bezeichneter Brief eines Werkeburger Rajinfunktionsars geöffnet worden sei, trotzdem der Absender auf dem Brief angegeben gewesen sei. Der Absender ist mit seiner Beschwärde durchaus im Recht, aber es liegt gar kein Grund vor, von „toten Spigeln bei der Oberpostdirektion Halle“ zu schreiben, wenn gar kein Beweis dafür vorliegt, daß der Brief aus politischen Gründen geöffnet wurde. Es kann wohl sein, daß ein Beamter verlesentlich den Brief geöffnet hat, um den Absender zu ermitteln. Wie dem aber auch sei: die ungesetzliche Öffnung des „Kampf“ ist gerichtet, er verdammt auf der einen Seite, was er auf der anderen Seite selbst tut. Das trifft übrigens auch auf die Parteibuchwirtschaft zu: bei anderen ist es eine Sünde, aber bei den Nazis dient sie dem Allgemeinwohl. Nur wird das nicht von allen Menschen glaubt.

Die Jugendformationen im Wahlkampf

Zum Kampf um das Land gerüstet.

Alle Wahlkämpfe der letzten Zeit haben gezeigt, daß die Nationalsozialisten ihr eigentliches Wählerreservoir auf dem Lande haben, und in dieser Erkenntnis wird in dem kommenden Wahlkampf die eigene Front in verstärktem Maße die Landagitatorien aufnehmen. Dem gilt auch eine Veranlassung der hiesigen sozialistischen Jugendverbände, in der die Formationen für die Wahlkampagne zusammengestellt wurden. Die wichtigsten Fragen konnten dank einer guten Zusammenarbeit alle in kurzer Zeit im vollen Einverständnis mit den Jugendleuten geregelt werden, und es herrschte die feste Überzeugung, daß unsere Propagandaarbeit voll auf klappen wird.

In einem allgemeinen Überblick über die gegenwärtige Situation gab der Führer der Eisenen Front, Kamerad Weigelt, einen eingehenden Überblick über die politische Situation und die Möglichkeiten, die sich uns im Wahlkampf bieten. Jedemfalls kann von diesem kommenden Wahlkampf gesagt werden, daß die Reichspräsidentenwahlen und die Preußenwahlen noch bei weitem übertraffen werden. Unsere Pflicht ist es, in diesem Wahlkampf der Öffentlichkeit unsere Symbole, den „Friedhelm“, „Gruß“ und die „Drei Pfeile“, in starkem Maße ins Bewußtsein einzubringen. Wenn wir unsere Pflicht tun, dann wird auch in unserem engeren Bezirk, wie bei der Preußenwahl in Halle-Saalkreis und zuletzt auch in diesem wieder ein erneuter Fortschritt festzustellen sein.

Einfende Einkommen — steigende Preise

So will die Papen-Regierung die Wirtschaft lanternen.
Zunahme des Anstieges des Kartoffel- und Zuckerpreises sowie durch das Hervortreten junger Gemise hat der Lebenshaltungsmittel nach dem Stichtage vom 22. Juni eine kleine Aufwärtsbewegung erfahren, nämlich von 1,169 auf 1,176.
Das paßt zu dem Unterprüfungsabbau der Baroz-Regie-

Entscheiden Sie sich dafür für Juno.

dann haben Sie für niedrigen Preis
eine vollwertige Cigarette in großem
dicken Format und von köstlicher Frische.

JUNO

kann dieses ihren Freunden bieten, weil sie weder
Wertmarken noch Gutscheine noch Stickerereien bringt.
Gibt es für Sie da eine andere Wahl?



Der Kleingärtner

Aus Theorie und Praxis

Obstgarten.

Die kalten Tage, die wir im laufenden Monat zum Teil zu verzeichnen hatten, täuschen über die Bodentrockenheit hinweg. Diese Trockenheit ist aber für die Bäume, die mit Früchten behangen sind, äußerst gefährlich. Wenn so viele Früchte abgefallen werden, so beruht das in erster Linie auf Wasserangel. Es muß also reichlich gewässert werden. Nicht nur mit dem Eimer, sondern, wenn es geht, mit der



Das Einsetzen von Fruchtaugen an Kahlstellen bei Formobstbäumen durch Okulation

Schlauchleitung. Das Wasser soll langsam und gründlich durchdringen.

Wo keine Frucht ist.

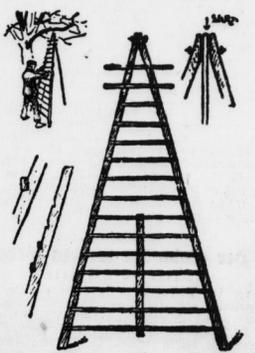
Recht zahlreich werden auch solche Bäume sein, die ohne Frucht bleiben, dafür aber ganz enorme Holztriebe aufweisen. Vielfach haben diese Bäume auch gebüht, die Blüte aber abgefallen. Hier muß jetzt regulierend eingegriffen werden, wenn wir im nächsten Jahre nicht wieder daselbe Schauspiel erleben wollen.

Gründe.

Der fast unnatürliche Holztrieb kann auf mehreren Gründen beruhen. Im erster Linie dürfte das Uebel auf ungenügender Bildungsunterlage oder auch auf Ueberdüngung des Baumes mit Stallung oder Jauche zurückzuführen sein. Kommt der erste Grund, die ungenügende Bildungsunterlage in Frage, dann hilft das Wegzuziehen der Wurzeln. Zwischen Stamm und Kronentraufe zieht man einen Graben, gerade so tief, daß wir die erscheinenden Faserwurzeln mit dem Spaten abziehen können. Dadurch wird die Saftzufuhr vermindert, der Holztrieb gebremst und der Baum zum Ansehen von Blütenknospen gezwungen. Kommt Ueberdüngung in Frage, dann kann dieselbe Maßnahme getroffen werden. Aber wir können uns noch einfacher helfen, indem wir

Fruchttringe anlegen.

Dafür wählt man nicht den Stamm, sondern die Kräfte. Ungefähr 20 Zentimeter vom Stamm entfernt erhalten die stärksten Äste einen Drahtring, der, um den Ast gelegt, so fest angezogen wird, daß er bei nahe die Rinde abschneidet. Der Draht soll eine Ringstärke von 2 1/2 Millimeter haben. Die Drahttringe halten den harten Saftdruck zurück und verhindern ein nutzloses Abwandern der Stoffe in die Wurzeln. Reagiert der Baum sehr schnell auf die getroffenen Maßnahmen, dann kann der Ring im Herbst wieder entfernt werden. Sonst bleibt er am Ast und wird in kurzer Zeit überwuchert. Der Zweck ist erreicht, wenn der unnatürliche Trieb nachläßt und sich Fruchtaugen bilden. Selbstverständlich muß bei den so behandelten Bäumen jede Stickstoff-



Herstellung von Obstpflockleitern

haltige Düngung unterbleiben, die ja dem Zweck, den wir mit dem Fruchttring erreichen wollen, entgegenarbeitet. Dafür fassen wir aber die Bäume sehr stark und verabreichen außerdem noch Raß und Thomasmehl oder Superphosphat.

Madige Früchte.

Bäume, die madige Früchte zeigen, sollen täglich geteilt werden. Die befallenen Früchte müssen runter. Es ist überflüssig, daß sich die erkrankten Früchte auf Kosten des Baumes und des gesunden Fruchtbestandes erst entwickeln, Nahrung verzehren und doch nicht zu gebrauchen sind. Die abgeschüttelten madigen Früchte sind zu sammeln und dann zu vernichten. In diesem Zusammenhang machen wir noch darauf aufmerksam, daß auf die Kester der Gespinnstmotte gerade jetzt sehr zu achten ist.

Formobst.

Am Formobst pingieren wir weiter. Die Leittriebe bleiben ungefügt. Auch am Pfirsich werden die Seitentriebe pingiert. Der Wein, der jetzt verblüht ist, wird bei den Tragreben zwei Augen hinter der letzten Frucht entspitzt. Die Triebe für das nächste Jahr sind schräg anzubinden, die überflüssigen und die schwachen zu entfernen.

Alle Obstbäume, mit Ausnahme derjenigen, die aus den oben erwähnten Gründen nicht tragen, sollten wöchentlich einen Düngungs mit Nitrophoska erhalten. (Ein Eßlöffel genügt für 10 Liter Wasser).

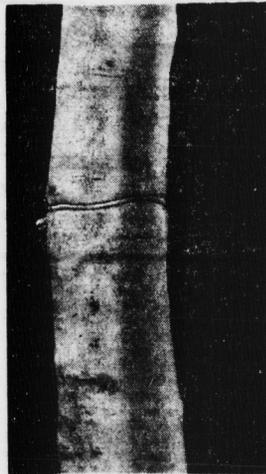
Bei Berebelungen wird die einschneidende Bastumwidmung entfernt.

Bescherost.

Den stark auftretenden Bescherost an Stachel- und Johannisbeeren bekämpfen wir mit einprozentiger Kupferalkalifung. Die bereits befallenen Blätter und Früchte werden am besten entfernt. Erbeerkrankten, die nicht zur Vermehrung verwandt werden sollen, werden entfernt. Will man eine Erweiterung der Erbeerbeete vornehmen, dann ist es ratsam, sich die besonders reich tragenden Stäuben zu merken. Nur diese kommen für die Vermehrung in Frage.

Gemüsegärten.

Haken ist hier Trumpf. Der Boden darf weder vertrocknen noch veruntrauen. Tomaten sind sorgfältig anzuzüchten.



Anlegen von Fruchttringen mit Hilfe eines Drahtes

binden, damit sie später, wenn die Früchte erscheinen, nicht am Pfahl zusammenfallen. Seitentriebe in den Blattachsen müssen gleich nach dem Erscheinen entfernt werden. Tomaten verlangen reichlich Wasser.

Kohlarten, Bohnen und Karoffeln sind zu häufeln. Für Kartoffeln empfehlen wir vorher noch eine Rodpflanzung mit Ammoniumsulfat. Alle anderen Gemüsegärten erhalten flüssigen Dünger mit Nitrophoska.

Nachsaaten.

Für Nachsaaten kommen Salat, Rabies, Bohnen, Rettich, Kohlrabi und Krummentohl in Frage. Auch sei noch einmal an das Eisen an Grüntohl und Endivien erinnert. An heißen Tagen überbraut man die Gurkenbeete am besten mehrere Male. Nach der Entwidmung des dritten Blattes sind Gurken zu entspitzen, damit sie sich verzweigen. Schlechte Blätter werden entfernt.

Mit dem Spargelstechen muß am 21. Juni unbedingt aufgehört werden. Es ist auch nicht ratsam, den Spargel gleich zu düngen. Wir empfehlen, ihm vorerst eine kleine Ruhezeit von etwa 14 Tagen zu gewähren. Die zu dicht stehenden Karottensprossen werden vorzogen. Teilweise sind die Karotten ja schon zu groß, daß sie mit der Erde in der Küche Verunreinigung finden können.

Komposthaufen.

Der Komposthaufen wird mit Jauche von Zeit zu Zeit getränkt. Wo Jauche fehlt, kann man Wasser nehmen.

Im übrigen haben wir im ganzen Gemüsegarten Augenmerk vor allem auf eine genügende Bewässerung

zu richten. Am wirksamsten ist die Bewässerung abends nach 6 Uhr und morgens vor 7 Uhr. In der übrigen Zeit verdunstet die Sonne mehr Wasser als die Pflanzen aufnehmen vermögen.

Ziergarten

Im Ziergarten sind es besonders die Koniferen, die reichlicher Wasseremeren bedürfen. Staubensets muß sauber halten. Was abgeblüht hat, wird entfernt. Die hohen Stäuben erhalten einen Etob, damit sie vor allem beim Bespritzen nicht umfallen. Rasen wässern und schneiden, danach immer stark durchpflügen. Willkommen ist auch ein flüssiger Düngung mit Nitrophoska.

Kleintierzucht

Eine neue Hühnerseuche

„Auf ein krankes Pferd setzen sich alle Fliegen“. Ober man kann auch sagen: Uns bleibt nichts erspart. Nicht einmal auf dem Hühnerhofe, genauer gesagt, in den Geflügelställen. Sie haben, weiß Gott, hart genug zu kämpfen durch Konkurrenz im Lande, durch unerwünschte Futtermittelreste, durch Einführen und vieles andere mehr. Sie müssen auch stets mit Seuchen rechnen, mit Hühnercholera, Hühnerpest, Diphtherie, Roten, und was es sonst alles von Infektionskrankheiten und anderen Seuchen gibt. Da taucht mit einem Male zunächst in zwei deutlichen Formen ein neuer Würmergeißel auf, eine Seuche, die seit dem Jahre 1923 in Amerika häufig festgestellt wurde.

Dr. Berge berichtet soeben darüber in der „Berliner Tierärztlichen Wochenschrift“. Er schildert sie als besonders bösartig und nennt hohe Verlustziffern. Um eine Erkrankung der Vorfürder handelt es sich, die man drüben mit verschiedenen Namen wie „Injektions Bronchitis“, „Anfangs der Ruten“, „Schiffsfieber“ und anderen mehr belegt, ein Seiden, das als besonderes Merkmal große Atemnot und einen trampfartigen Husten zeigt, bei dem bisweilen geronnenes Blut ausgeworfen wird. Daneben zeigt sich Abbindeamentzündung, Nasenausfluß, hochgradige Atemnot und ein rascher Kräfteverfall. Die Erkrankung tritt hauptsächlich im Frühjahr und Herbst auf. In zwei bis drei Tagen kann sie zum Tode führen, und zwar stellte man in Amerika 60 Prozent Todesfälle fest. Vor allem fallen ihr junge Tiere zum Opfer. Die Unternehmung von gewissen anderen Geflügelseuchen ist, wie aus dem Artikel hervorgeht, schon für den Wissenschaftler nicht leicht. Der Fall aber wird vor allem geneigt sein, sie für den sogenannten „Anfänglichen Schnupfen“ oder für Diphtherie zu halten. Wie es aber auch sei, er steht diesem Ereignis machlos gegenüber. Denn Medikamente gegen das Uebel haben sich bisher gumeist als wertlos erwiesen.

Da heißt es denn abwarten. Vielleicht nimmt die Krankheit bei uns nicht die Ausbreitung an, wie drüben in den USA, vielleicht zeigt sie sich künftig auch nicht in so bösartiger Form. Man hat jedenfalls bei uns eine Schutzimpfung versucht, die anscheinend Aussicht auf Erfolg zeigt. So bleiben denn zunächst wie bei so vielen anderen Kleintierzüchtern nur hygienische Maßnahmen übrig, also Absonderung der Kranken, einwandfreie Ställe und Desinfektion.

Briefkasten

(An dieser Stelle beantworten wir kostenlos alle Fragen aus unserem Leserkreis über den Gartenbau.)

D. D. Kießen: Auf welche Art werden Pfirsiche und Kirschen verebelt? Wann wird die Verebelung durchgeführt? Werden diese am Wurzelhals gemacht?

Antwort: Wurzeln zwischen Hals und Rinde im Frühjahr (März) ist die sicherste Verebelungsart. Sie können aber auch durch die Gabelknipf die Distanz an machen, die allerdings etwas gefährlicher hand erforderlich. Wo Sie an der Unterlage verebeln, richtet sich nach der Verebelungsart, die Distanz kann am Wurzelhals angebracht werden.

R. J. Wittweide: Was ist das für ein Wurm? Er ist ungefähr 10 Zentimeter lang, dünn wie ein Zwirnraden, Kopf und Schwanz eines 1 Zentimeter gelb, sonst grau wie Erde, schlängelt sich an jeder Pflanze in die Höhe, ob Spinat oder junge Bäume. Kommt aus der Erde. Ist er nützlich oder nicht?

Antwort: Einen Wurm dieser Art habe ich in meiner langjährigen Praxis noch nicht kennen gelernt. Können Sie ein Exemplar abschicken?

Oberender-Mädchchen: Die beiden von Ihnen geschilderten Krankheitsfälle lassen sich von hier aus nicht mit Sicherheit beurteilen. Das hätte nur der lechthändige Tierarzt, aber nicht der „Lechtumige“ Schädler tun können. Es wäre sowohl vom rein freundschaftlichen wie vom wirtschaftlichen Standpunkt aus empfehlenswert gewesen, bei einer so schweren Erkrankung — zumal nach Verlust des ersten Tieres — einen wirklichen Sachverständigen anzuziehen, zumal Sie ja selbst die eingegangenen Tiere als „sehr schön“ bezeichnen.

Im übrigen scheinen, sofern die Ihnen gemachten Angaben zutreffend sind, schwere Fehler in der Ernährung und vielleicht auch in der Haltung der Ziegen vorzuliegen. Wahrscheinlich füttern Sie nicht richtig. Vielleicht ist der Übertragung von Eranden zur Bienenfütterung zu unermittelt. Es kommen aber noch viele andere Ursachen in Betracht, die wir Ihnen im Rahmen einer Briefkastenbeantwortung beim besten Willen nicht aufzählen können. Wenn Sie noch mehr Ziegen halten, so raten wir Ihnen, einen Ziegenarztverein beizutreten und mit neuen Krankheitsfällen einen Tierarzt zu Rate zu ziehen. Nur auf diese Weise werden Sie sich vor weiteren Verlusten schützen.

Schneider-Deffen: Sehen Sie sofort eine andere Glucke auf die Eier. Die bisherige hat nicht mehr die notwendige Brutigkeit. Doch sie jetzt schon legt, ist ein Zeichen dafür, daß sie zu früh gelegt wurde. Es wird bei ihr nur ein vorübergehendes Glücken gewesen sein. Im übrigen empfehlen wir Ihnen aus praktischen Gründen, dem Anhalt. Geflügelställen bezuziehen, vor dem Sie in allen üblichen Verfahren ständig Belehrung und Unterstützung erhalten. Die zukünftige Stelle ist Herr. Herr. Hofmann in Zerbit.

Die Schüsse auf Minister Rathenau

24. Juni 1922/1932 — Wenn der Massenzorn erwacht...

Sehn Jahre sind vergangen. Ein strobender Sommermittag lag über der Stadt als eine Schlagschelle durch alle deutschen Städte und Dörfer, durch die ganze Welt ging und auch die Mühseligkeit und Schicksaligkeit auftrifft und empfindet. Walter Rathenau war in der Nähe seiner Wohnung, in der Königsallee im Grunewald, von nationalfeindlichen Mordbuben erschossen worden. Eine Welle des Zorns und der Kampfbereitschaft stauete durch die Millionenarme der Republikaner; in riesigen Demonstrationen gab das Volk seinem elementaren Willen zu Freiheit und Demokratie Ausdruck. Der Mann, der seiner menschlichen Bestimmung in jener tiefempfindlichen Anrede Ausdruck gegeben hatte, die mit dem Wort "Freiheit" schloß, war den nationalfeindlichen Geistes der besüchtigten Organisation C. des Kapitän Ehrhardt ein Dorn im Auge; es waren die Vorläufer der heutigen Nazis, die auch schon damals mit Laibschlag und Leberfall, mit seinen Schüssen aus dem Hinterhalt, ihre verhängnisvolle Wutbahn gingen. Heißerisch hegte, — und so nahm das Unheil seinen Lauf.

Mordtraining bei Kognak und Wein

Die Täter und hauptsächlichsten Mörder waren: der Zährige Erwin Kern, ein früherer Geograph, der Zährige Ingenieur Hermann Fischer, der Zährige Ernst Werner Lehmann, Sohn einer Berliner Magistratsfamilie, ein 16jähriger Jüngling namens Bert, der Bruder Ernst Werner Lehmann und schließlich ein notorischer Fliegenschwanz, der schamlosste Mörder, am 18. Juni entwarf die Mörder in der Wohnung der Frau Lehmann den Mordplan; am 20. Juni ließ man im Stieglager Kisten zusammen, um bei Wein und Löffel den Mordplan in den Details auszuarbeiten. Am 21. Juni trafen sich Kern, Fischer, Günther und Ernst Werner Lehmann, nachdem sie sich von dem Fabrikanten Kistenmeister einen feilschenden Streitwagen ausgeborgt hatten, um nach dem Grunewald zu fahren, wo sie sich "einlöschten". Am Vorabend des schrecklichen Mordes trainierten die Verbrecher auf ihren Anschlag durch eine gemeinsame Wein, Kognak und Bier trinken in erheblichen Mengen; man suchte möglichst in später Abendstunden lenken mental, wie sie oft in "Krautritterische der Haltenzweckes des Politikalität und Centralität heute beieinander mochten."

Maschinengewehre und Eichhandgranate

Am 24. Juni, vormittags gegen 10 1/2 Uhr, fuhr Rathenau in einem offenen nicht beweglichen Wagen in sein Amt. Die Beschwörung lauerten mit ihrem Kräftewagen in der Königsallee und zwar an einer Stelle, an der der Straße eine Kurve macht und deshalb die Autos ihr Tempo verlangsamen müssen. Als Rathenau das Auto erreichte, fuhren die Mörder los und überboten das Auto des Ministers an der Kurve. Sie drängten den Wagen fast nach links. Als sich Rathenau in seinem offenen Wagen vorbeugte, um nach dem anderen Auto zu sehen, gab Kern aus nächster Entfernung aus seiner Maschinengewehr Feuer. Mit einem Knall fuhr der Minister zusammen. Nachdem Kern sein Maschinengewehr abgeschossen hatte, warf Lehmann noch eine Handgranate. Dann riefen die Mörder in toller Gewandtheit davon, während das Blut des Ministers auf den Boden des Wagens niederfiel.

Der Feind steht rechts!

Die Empörung des Volkes war gewaltig. Auch im Reichstag gingen die Wogen der Bewegung hoch. Lebende Entwürfungsregeln gegen die rechtsradikalen Mordbuben wurden laut. Und inmitten dieser leidenschaftlichen, aufrichtigen Stimmung der Abgeordneten sehen die Parlamentarier der Parteien, links und rechts, mit dem Gefühl des höchsten Gewissens still auf ihren Plätzen. Das war damals, als Reichstagsrat Wirth seine berühmte gewundene Rede hielt, in der er sagte: "In jeder Stunde, meine Damen und Herren, Demokratie! ... In diesem Sinne müssen alle Hände, muß jeder Mund sich regen, um endlich in Deutschland die Atmosphäre des Wortes, der Vergeltung zu schaffen! Mit einer entsetzten Wendung gegen die Rechte! Da steht der Feind, der Gift in die Wunden eines Volkes träufelt. Da steht der Feind, darüber ist kein Zweifel. Dieser Feind steht rechts!" Der Parlamentsbericht verzögert nach diesen Worten, stumm, minutenlang, immer wiederkehrenden Schall bei der großen Mehrheit des Hauses und aus den Tribünen, langandauernde Musik.

Es lebe die Republik!

In riesigen Kundgebungen demonstrierte das Volk gegen die Mörder und ihre Hintermänner. Gemaltige StraßenDemonstrationen fanden in allen Städten und Bezirken statt, der flammende Ruf der Sozialdemokratie folgte mit dem von Millionen förmlich aufgenommenen Ruf: "Es lebe die Republik!" Am Befreiungstage des hingemordeten Ministers der Republik lag der Berliner Arbeiter ein Menschenmeer, das alle Straßen der riesigen Stadt beim An- und Abmarsch überdeckte. Die Reaktion, die eine solche Antwort nicht erzwang hätte, verlor sich wieder in ihre Ruinenhöhlen. Und so wie in Berlin, war es überall. In Chemnitz marchierten 100.000, in München 150.000, in Elberfeld 80.000 Republikaner, ganz Deutschland war ein einziges Aufmarschgebiet der republikanischen Massen.

Auf Mörderjagd

Die Jagd auf die Mörder begann. Am 29. Juni wurde in Frankfurt a. d. D. der städtische Ernst Werner Lehmann, der Sand-

granatenwerfer vom Berliner Grunewald, festgenommen. Am 11. Juli gelang es einem großen Fahndungsteam, im Gardelegener Gebiet die lästigen Mörder Kern und Fischer zu umstellen. Noch einmal entwichen die Verbrecher dem Zugriff ihrer Befolger. Aber der Ring schloß sich enger und enger. Am Abend des 16. Juli ermittelten mehrere Kriminalpolizei der Rathenau-Mörder auf Burg Giech. Als die Mordgesellen sahen, daß es kein Entkommen mehr gab und die Polizei zum Sturm gegen das Mördernest ansetzte, lösten sich Kern und Fischer auf dem Burgtum eine Kugel in der Kopf. Die Beamten konnten die Schlingen von der Königsallee nicht mehr lebend fangen.

Volk auf der Wacht!

Sehn Jahre sind seit der abscheulichen Mordtat vergangen. Wieder will die Welt der Reaktion, heute in die blutdürstigen Brautenden der nationalsozialistischen Faschismusbildung gefesselt, der Republik an Leben. Wieder sind wir in den letzten Tagen des Juni, und wieder stehen Millionen gegen und Arme bereit, die Republik und die Freiheit bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen. Die Antwort, die das Volk auf die Schüsse von Bürger-Grunewald im Jahre 1922 gab, sollte den schicksaligen Bürgerkriegern eine bitterste Mahnung und Warnung sein! K. K. B.

Internationale Solidarität!

Fränkische Gewerkschafter helfen deutschen und österreichischen Kindern

Der Schmelzer des französischen Gewerkschaftsbundes (CGT) hat dem Vorhaben des VDB, Lepetit, die Summe von 150.000 Franken (25.000 M.) mit einem Dankschreiben überandt, in dem mitgeteilt wird, daß diese Summe an die Kinder arbeitsloser Eltern in Deutschland verteilt werden soll. Die Mittel kämten von einer in Gewerkschaftskreisen veranstalteten Sammlung für notleidende Kinder her. Um die internationale Solidarität der Arbeiterwelt zum Ausdruck zu bringen, habe der Vorstand der CGT, der Verwaltungskommission vorgeschlagen, von dem Geldeerlös der Sammlung 150.000 Franken für die Kinder arbeitsloser Eltern in Deutschland und 50.000 Franken für österreichische Kinder zu verwenden. Schließlich wird in dem Brief die Bitte ausgesprochen, daß die Summe nach Möglichkeit an Kinder anderer Städte als Berlin, Hannover, Leipzig und Nürnberg verteilt wird, da 300 Kinder aus diesen Orten im vorigen Jahr einen Monat lang Opfer der CGZ, auf der Insel Oléron waren.

Das falschlische Landtagspräsidium

Der am Mittwoch vom Preussischen Landtag zum 2. Vizepräsidenten gewählte Zentrumsgesandte Baumhoff hat die Wahl, entgegen seiner anfänglichen Ansicht, angenommen. In einer Festsitzung, die über Annahme oder Ablehnung der Wahl entschieden sollte, entschied sich die Mehrheit für die Annahme und richtete an Baumhoff ein entsprechendes Schreiben. Baumhoff hat die Annahme der Wahl gegenüber dem Landtagspräsidium in einem Schreiben begründet, in dem es heißt, daß er annehme, um den Einbruch, als ob es sich bei diesem Präsidium um ein Kampfpresidium handele, nicht noch zu verstärken. Der Charakter dieses Präsidiums wird damit nicht aus der Welt geschafft. Es besteht in seiner Wirklichkeit aus Faschisten und Heilighelms. Damit liegen jene Möglichkeiten klar zu Tage.

Schießerei zwischen Nazis und Kommunisten

Wieder zum Todesopfer. In Dortmund-Dorfrieden kam es am Donnerstagabend, als Nationalsozialisten in einem kommunistischen Betriebsklub eine Kundgebung veranstalten wollten, zu schweren Zusammenstößen zwischen den gegnerischen Parteien. Bei dem Anmarsch der Nationalsozialisten griffen die Kommunisten an.

Es fielen ungefähr 35 Schüsse. Ein Nationalsozialist wurde getötet, fünf Verletzte, darunter drei Nationalsozialisten, wurden schwer verletzt. Es ist noch nicht festgestellt, wer den Nationalsozialisten getötet hat. Es besteht die Möglichkeit, daß er von eigenen Parteigenossen getötet wurde.

Am Donnerstagabend kam es in dem Damborner Stadtteil Marzahn nach 8 Uhr mehrfach zu politischen Zusammenstößen, in deren Verlauf eine ganze Anzahl Schüsse fiel. Ein Kommunist wurde getötet und ein Nationalsozialist wurde von Kommunisten durch vier Wehrkräfte in Kopf und Oberkörper schwer verletzt. Die Polizei mußte von der Schußwunde und vom Gummiknüppel Gebrauch machen. Sechzig Personen wurden verhaftet.

Bereitlegung der Polizeifunde

Im preussischen Ministerium des Innern schwebt zur Zeit Entscheidung über die Bereitlegung der Polizeifunde. Wahrscheinlich wird die Bereitlegung für Berlin auf 2 Uhr und für das übrige Preußen auf 1 Uhr festgelegt.

Laß nicht andere allein arbeiten!

Forsche selber nach, wer in Deinem Bekanntenkreis noch nicht Leser des Parteiblattes ist. Jeder neue Leser kräftigt die Macht der SPD.

SA-Munition im Reich

Nazifundenterror in Frankfurt a. Main

Einige 200 uniformierte Nazifundanten, die meist auf der Kaiserstraße stationiert, drangen vormittags in der 11-Uhr-Pause vom Garten der Frankfurter Universität aus in die Universitätskaserne ein und schlugen mit Leibschlägern und Schultzeisenen wahllos auf die Studenten ein. Auf einzelne Studenten wurde förmlich Jagd gemacht. Der Rektor weigerte sich anfangs, der Polizei das Betreten der Universitätskaserne zu gestatten, verzögerte jedoch jedoch die Schließung der Universität.

Schlägerei in Solingen

In der Stempelstraße in Walsum kam es zu heftigen Zusammenstößen Angehöriger der beiden extremen Parteien. Im ersten Anlauf wählten zwei Nationalsozialisten sofort ästhetische Hilfe in Anspruch nehmen. Beim zweiten Zusammenstoß trug ein Nationalsozialist schwere Verletzungen davon. Die Täter wurden ermittelt.

SA. protokolziert in Kiel

Die Nationalsozialisten hatten ihre SA-Cente aus der Umgebung in den Nazi-Kasernen der Stadt zusammengezogen, um im Laufe des Nachmittags in Trappstraße die Sitzungen der Jugend zu protokollieren. Nachdem aus der Stadt eine ganze Anzahl von Hebereißern der Nazis gemeldet worden waren und die Protokollanten der SA-Cente immer unerschütterlicher wurden, legte der Oberfeldwebel ein, und es kam zu Schlägereien, bei denen die Nationalsozialisten Schußwunden erlitten. 10 Personen wurden in die Krankenhaus eingeliefert. Erst im Laufe der frühen Morgenstunden legte sich die Erregung in den Straßen.

Schießerei in Stettin

In der Nacht zum Mittwoch fielen in dem Steffiner Dorff Jenauburg SA-Cente über Kommunisten her und gaben auf sie aus Kneppschützen etwa 10 Schüsse ab, durch die fünf Kommunisten nicht unerheblich verletzt wurden. Ein Verletzte mußte ins Krankenhaus übergeführt werden. Ehe die Polizei erschien, schickten die Täter, von denen aber einige erkannt wurden, im Dunkel der Nacht in die Nebenstraßen. Die Ermittlungen der Polizei sind noch nicht abgeschlossen. Das Haus, vor dem sich der Mord ereignete, weist sechs Einbrüche von Geflochten auf.

Mörderfall auf zwei Kölner Kriminalkommissare

Die beiden Kölner Kriminalkommissare Bruckmann und Hofmann wurden in der Herpstraße von einem Mitglied der NSDAP, aber allem, der Täter, ein Transportarbeiter, ermordet die beiden Beamten an und tief ihnen zu "hell Hüter!" Als sich die Beamten die Befragung verboten, schlug der Arbeiter mit einer schweren Eisenkugel dem Kommissar Bruckmann zwei Zähne aus. Ein heftig geführter Zweikampf schloß den Kommissar Hofmann am Kopf. Der Angreifer wurde übermächtig und abgeführt.

Sensenschlacht bei Paris

Auf einem Fest bei Cabannes in der Nähe von Paris ist es am Mittwoch zu einer verheerenden Sensenschlacht zwischen sechs Mitgliedern einer Bauernfamilie gekommen, bei der zwei Männer und eine Frau getötet wurden. Eine vierte Person wurde lebensgefährlich verletzt, die übrigen kamen mit geringeren Verletzungen davon. Die Ursache dieser Familientragödie ist eine Geldangelegenheit, die die Familie schon seit längerer Zeit in zwei Gassen gefesselt hat.

Deutsches Demonstrationsverbot

Darumst. 28. Juni. (Eigenbericht) Der heftige Innenminister hat mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres alle Versammlungen unter freiem Himmel, Demonstrationen, Kundgebungen und Transporte aller Art, die von Mitgliedern politischer Vereinigungen oder von politischen Zwecken unternommen werden, verboten. Das Verbot trifft sich auf die Votorenordnung vom 14. Juni und ist auf die in den letzten Tagen in Hessen zu beobachtenden blutigen Zusammenstöße zurückzuführen.

Börsen, Märkte und Handel

Berliner Getreidebörse vom 23. Juni

Das Angebot an Weizenbrot war immer knapper. Der Berliner Verbrauch lag am Donnerstag fast überall auf dem Niveau des Vortages. Der Markt war ruhig und die Preise für den Weizenbrot waren im Vergleich mit dem Vortage um 1/2 bis 1 Pfennig niedriger. Der Markt für den Weizenbrot war ruhig und die Preise für den Weizenbrot waren im Vergleich mit dem Vortage um 1/2 bis 1 Pfennig niedriger.

Getreide	Preis
Weizen	100-110
Gerste	100-110
Hafer	100-110
Roggen	100-110
Wasserschrot	100-110
Malz	100-110

Gemüsemarkt

Die Preise für Gemüse sind in den letzten Tagen stark gestiegen. Die Preise für Kartoffeln sind um 1/2 bis 1 Pfennig gestiegen, die Preise für Mören um 1/2 bis 1 Pfennig gestiegen, die Preise für Gurken um 1/2 bis 1 Pfennig gestiegen, die Preise für Tomaten um 1/2 bis 1 Pfennig gestiegen, die Preise für Zucchini um 1/2 bis 1 Pfennig gestiegen, die Preise für Auberginen um 1/2 bis 1 Pfennig gestiegen, die Preise für Paprika um 1/2 bis 1 Pfennig gestiegen, die Preise für Chili um 1/2 bis 1 Pfennig gestiegen, die Preise für Pfeffer um 1/2 bis 1 Pfennig gestiegen, die Preise für Salz um 1/2 bis 1 Pfennig gestiegen, die Preise für Zucker um 1/2 bis 1 Pfennig gestiegen, die Preise für Mehl um 1/2 bis 1 Pfennig gestiegen, die Preise für Reis um 1/2 bis 1 Pfennig gestiegen, die Preise für Getreide um 1/2 bis 1 Pfennig gestiegen, die Preise für Öle um 1/2 bis 1 Pfennig gestiegen, die Preise für Essigsäure um 1/2 bis 1 Pfennig gestiegen, die Preise für Soda um 1/2 bis 1 Pfennig gestiegen, die Preise für Ammoniak um 1/2 bis 1 Pfennig gestiegen, die Preise für Salpater um 1/2 bis 1 Pfennig gestiegen, die Preise für Salpeterminerale um 1/2 bis 1 Pfennig gestiegen, die Preise für Schwefel um 1/2 bis 1 Pfennig gestiegen, die Preise für Phosphor um 1/2 bis 1 Pfennig gestiegen, die Preise für Kalium um 1/2 bis 1 Pfennig gestiegen, die Preise für Natrium um 1/2 bis 1 Pfennig gestiegen, die Preise für Magnesium um 1/2 bis 1 Pfennig gestiegen, die Preise für Zink um 1/2 bis 1 Pfennig gestiegen, die Preise für Eisen um 1/2 bis 1 Pfennig gestiegen, die Preise für Kupfer um 1/2 bis 1 Pfennig gestiegen, die Preise für Blei um 1/2 bis 1 Pfennig gestiegen, die Preise für Zinn um 1/2 bis 1 Pfennig gestiegen, die Preise für Antimon um 1/2 bis 1 Pfennig gestiegen, die Preise für Arsen um 1/2 bis 1 Pfennig gestiegen, die Preise für Tellur um 1/2 bis 1 Pfennig gestiegen, die Preise für Quecksilber um 1/2 bis 1 Pfennig gestiegen, die Preise für Platin um 1/2 bis 1 Pfennig gestiegen, die Preise für Gold um 1/2 bis 1 Pfennig gestiegen, die Preise für Silber um 1/2 bis 1 Pfennig gestiegen, die Preise für Kupfer um 1/2 bis 1 Pfennig gestiegen, die Preise für Zinn um 1/2 bis 1 Pfennig gestiegen, die Preise für Antimon um 1/2 bis 1 Pfennig gestiegen, die Preise für Arsen um 1/2 bis 1 Pfennig gestiegen, die Preise für Tellur um 1/2 bis 1 Pfennig gestiegen, die Preise für Quecksilber um 1/2 bis 1 Pfennig gestiegen, die Preise für Platin um 1/2 bis 1 Pfennig gestiegen, die Preise für Gold um 1/2 bis 1 Pfennig gestiegen, die Preise für Silber um 1/2 bis 1 Pfennig gestiegen.

